



NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

16. Jahrgang / Nr. 223

Berlin, Montag, 14. August 1961

Berliner Ausgabe / Einzelpreis 15 Pf

Maßnahmen zum Schutze des Friedens und zur Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft

Bevölkerung erteilt Bonner Ultras gebührende Antwort

Schwarzer Tag für die Kriegstreiber Die Weiche ist auf Frieden gestellt Wir werden noch einen Zahn zulegen Arbeitertat: Produktionsrekorde

Lokomotivführer Friedrich Otto, Bohnbetriebswerk Berlin-Schöneide:

Es wurde wirklich Zeit, die Weiche so energisch auf Frieden zu stellen. Uns schmeckt das schon lange nicht. Mit wahrer Engelsgeduld haben wir immer wieder die Hand zur Verständigung ausgestreckt. Die Militäristen haben aber unsere Warnungen und Angebote in den Wind geschlagen und das Störzentrum Westberlin weiter ausgebaut. Sollten wir diesem verbrecherischen Treiben noch länger tatenlos zusehen? Nein und nochmals nein!

Natürlich wird mancher vorübergehend kleine Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen müssen, ich denke an Verwandtenbesuche, aber lieber ein kleines Opfer jetzt, als nachher das große Opfer für den Krieg.

Prof. Dr. Walther Neye, Direktor des Instituts für westdeutsches und ausländisches Zivilrecht der Humboldt-Universität zu Berlin:

Die heute verkündeten Erklärungen und Maßnahmen sind zum Schutze unserer Republik und ihrer Errungenschaften so unumgänglich notwendig geworden, daß sie von jedem überlegten Menschen nur begrüßt werden können. Endlich wird dem verbrecherischen Unwesen der im Bonner Solde stehenden Abwerber und sonstigen Agenten und Diversanten ein Riegel vorgeschoben; endlich wird mit dem Unwesen des Grenzangertums ein Ende gemacht; endlich wird dem Schwindelkurs der Westmark das Wasser abgegraben.

Auch die Westberliner werden in einem steigenden Maße begreifen müssen, daß ihre wahren Interessen nur durch die Umwandlung der Frontstadt in eine friedliche, Freie Stadt verwirklicht werden können.

Meister Günter Kurz, Hofhofenbetrieb des Eisenhüttenkombinats Stalinstadt:

Das ist ein Schlag gegen die Kriegstreiber. Der 13. wurde für die ein schwarzer Tag. Nun haben die Börsenjobber und Wechselkurschleiber in Westberlin ausgespielt.

LPG-Vorsitzender Helmut Fiebig, Mildentz (Kreis Stralsburg):

Wir Bauern haben doch Vertrauen zu unserer Regierung. Alles, was sie bisher

beschlossen hat, diente uns, diente dem Frieden. Wir legen bei der Ernte einen Zahn zu, um damit unser Vertrauen zur Regierung zu bekunden.

Assistenzärztin Marta Scherenberger, Diensthabende Ärztin in der II. Medizinischen Klinik der Berliner Charité:

Ein bekannter medizinischer Grundsatz lautet: „Wo Eiter ist, muß er entfernt werden.“ Das gilt auch für das Störzentrum Westberlin. Wir konnten nicht länger zusehen, wie uns die Abwerber Schwierigkeiten machen. Auf alle hatten sie es abgesehen, von der Reinigungsfrau bis zum Professor.

Wir sind stark genug, uns dagegen zu wehren. Damit der Friedensvertrag kommt, war jetzt unbedingt richtig. „Schritten dicht“ gegen die Leute, die uns das Haus über dem Kopf anzünden wollen. So wird Westberlin zur Freien Stadt und damit wird etwas Entscheidendes für den Frieden getan.

Unteroffizier Augustin, Einheit 5. der Deutschen Grenzpolizei, südwestlich von Berlin:

Seit an Seite mit der Nationalen Volksarmee haben wir Posten an der Grenze zwischen der DDR und Westberlin bezogen. Hier in unserem Bereich haben die Frontstadtbanden vor einem halben Jahr unseren Genossen Brücken bei einem Feuerüberfall schwer verwundet. Jetzt wollten Strauß und Brandt eine solche Provokation im Großen wiederholen. Durch unsere Wachsamkeit und Einsatzbereitschaft zeigen wir ihnen, daß daraus nichts wird. Die so gern schießen möchten, kommen gegen den Frieden nicht durch. Es wird über den Friedensvertrag und die Lösung der Westberlinfrage friedlich verhandelt werden — so wie das im Interesse unseres Volkes und aller Völker Europas liegt.

Wismut-Brigade „German Titow“, Kreis Gera:

Es war höchste Zeit, dem schändlichen Treiben der Militaristen Einhalt zu gebieten. Wir unterstützen die beschlossenen Maßnahmen aus vollem Herzen. Unsere Antwort ist: Zur Erreichung eines Durchbruches im Scheiternbruchbau fahren wir am 16. August 1961 einen Schnellabbau, um eine Rekordleistung von 6,5 Kubikmeter pro Mann und Schicht den ganzen Monat über zu erreichen.

Schriftsteller Paul Wiens, Nationalpreisträger:

Wirksamer Schlag gegen Militaristen

Wie jeder bewußte Bürger unserer demokratischen Republik sage ich zu den jetzt wirklich unaufschiebbar gewordenen Maßnahmen unserer Regierung an den Grenzen Westberlins: Endlich! Ein rechtmäßiger und vernünftiger Beschluß. Ein wirksamer Schlag gegen die Feinde des Friedens, gegen Militaristen und Revanchisten, in Verteidigung der wahren Interessen des gesamten deutschen Volkes.

Wie jeder Berliner weiß ich natürlich die Unbequemlichkeiten, die eine solche notwendige Kontrolle in unserer Hauptstadt bis zum Abschluß des Friedensvertrages mit sich bringt. Ich mache dafür in erster Linie Willy Brandt ver-

antwortlich — ihn und die alle Welt gefährdende Frontstadtpolitik, die er seit Jahren betreibt.

Seine hysterische Reaktion, jedesmal wenn wir — wie jetzt — von unserem selbstverständlichen demokratischen Recht Gebrauch machen, unser Leben und unsere friedliche Zukunft selbst zu bestimmen, entlarvt ihn, aber noch immer nennt sich Brandt Sozialdemokrat, und so meinen auch manche Freunde und Bekannten unter den Schriftstellern in Westdeutschland und Westberlin immer noch, nomen sei omen und Tante Brandt sei im Vergleich zu Onkel Strauß das kleinere Übel. Darum sollten sie ihn gerade jetzt genau beobachten. Denn: Strauß und Brandt, das ist die gleiche schwarze Hand.

NORMALES LEBEN IN BERLIN

Berlin (ND). Planmäßig zur festgesetzten Stunde wurden die Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und zum Schutze der Bürger der DDR, wie sie im Beschluß des Ministerrates der DDR und in Übereinstimmung mit der Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten festgelegt wurden, in Kraft gesetzt. Alle zur Durchführung notwendigen Schritte und Maßnahmen erfolgten reibungslos, dank dem Verständnis und der Zustimmung des größten Teiles der Berliner Bevölkerung. Zahlreiche Berliner bekundeten schon am Sonntag früh ihr Einverständnis. „Maßnahmen zu unserem Schutz“, „Der Ministerratbeschuß dient dem Frieden und der Sicherheit der DDR“, „Eine gebührende Antwort an die Bonner Ultras“ — das sind einige der Kommentare der Werktätigen der Hauptstadt.

In den Versorgungsbetrieben fanden kurze Versammlungen der Brigaden statt. Im Kraftwerk Klingenberg erklärte Schichtarbeiter Helmut Manfred: „Mit diesen Maßnahmen werden endlich klare Fronten geschaffen.“ Am gestrigen Sonntag wickelte sich das Leben wie an allen Sonntagen völlig normal ab. Lediglich Gruppen von Jugendlichen, die glaubten, sich stark machen zu

können, wurden von den zum Schutz unserer Grenzen aufgezogenen Volkspolizisten und von der Bevölkerung höflich, aber bestimmt mit den Beschlüssen des Ministerrates bekannt gemacht.

Der U-Bahn-Verkehr ging gemäß den neuen Bestimmungen reibungslos und planmäßig voran. Lediglich auf der S-Bahn kam es infolge der rasch notwendig gewordenen Umstellungen zeitweilig zu einigen Verspätungen. Der Fernverkehr verlief regelmäßig.

Wie jeden Sonntag führen Tausende Berliner mit der S-Bahn ins Grüne. Auch am Pavillon des Deutschen Reisebüros am S-Bahnhof Friedrichstraße herrschte der übliche sonntägliche Hochbetrieb. Die Ausflugslinien der BVG-Busse waren stark besetzt.

Aus Westberlin kamen auch gestern viele Westberliner über die vorgesehenen Kontrollstellen. Sie ließen sich durch die verlogenen Behauptungen der Westberliner Hetzsender und der Stumm-Polizisten nicht von ihrer Fahrt abhalten. Die Zahl der westdeutschen Bürger, die auf der Grundlage einer kurzfristigen Aufenthaltsgenehmigung das demokratische Berlin besuchten, war genauso hoch



„Mit Wostok-Präzision sind die Maßnahmen unseres Staates abgerollt. Keiner hat's rausgekriegt, Dollars und Westmark haben nichts genutzt!“ So urteilt Stangenzieher Klaus Abraham (links) aus den Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerken. Einrichter Harald Gündel (rechts) ergänzt: „Was soll das hilflose Geschrei von Lemmer, Brandt und ihren Kumpanen? Das macht doch keinen Arbeiter weich. Mit meiner Maschinenpistole vertrete ich genauso wie an der Drehbank eine ganz normale und gerechte Sache: Wir schützen unseren Staat, den Frieden und den Sozialismus.“

Ratlosigkeit in Schöneberg Brandt hielt Trauerrede auf die Menschenhändler

Berlin (ND). Der Westberliner Verwaltungschef Brandt hielt am Sonntagabend vor dem bemerkenswert schwach besetzten Abgeordnetenhaus der Frontstadt eine Trauerrede auf die Menschenhändler. Was können wir tun? fragte Brandt angesichts der von der DDR im Interesse des Friedens getroffenen Maßnahmen. Er flehte die Westmächte an, doch nicht zuzulassen, daß Westberlin schrittweise zur neutralen Freien Stadt wird. Seine ganze Ratlosigkeit kam zum Ausdruck, als er die Westmächte aufforderte, energische Schritte zu unternehmen. Er verlangte von ihnen inständig, nicht bei bloßen Protesten stehenzubleiben.

Brandt trat in der Sitzung des Abgeordnetenhauses weiterhin vor, was die Archivare der Schöneberger Verwaltung in fleißiger Arbeit an Material zum Viermächtestatus zusammengetragen hatten. Aber dieses Material war ohne Interesse, da der Viermächtestatus bekanntlich seit langem nicht mehr besteht. Den Archivangestellten war bei ihrer Fleißarbeit leider das Potsdamer Abkommen entgangen.

Bereits am Vormittag hatte Brandt seine Hilflosigkeit auf einer Sondersitzung

des Frontstadtsenats zu erkennen gegeben. Er erklärte, seine Politik sei in einer bedrückten Lage; womit genau das eingetreten ist, was mit unseren Maßnahmen bezweckt war. Unsere Maßnahmen gegen den Menschenhandel nannte er ein „empörendes Unrecht“, was nicht weiter verwundert, da er ja den organisierten Menschenhandel mit Bürgern der DDR für Recht ansieht.

Globeke und Lemmer wollen Provokationen organisieren

Wie bekannt wird, sind am Sonntagmorgen in fieberhafter Eile Bonn-Kanzler Adenauer und der Judenmörder Globeke zu einer Beratung zusammengetreten. Nach dieser Zusammenkunft hat Globeke den Spionageminister Lemmer angewiesen, noch im Laufe des Sonntags vom Störzentrum Westberlin aus Provokationen gegen die Hauptstadt der DDR in Szene zu setzen. Entsprechend den Globekeschen Anweisungen suchte Lemmer seit den Nachmittagsstunden in verstärktem Maße jugendliche Rowdys in das demokratische Berlin einzuschleusen.

Die Westberliner Polizei hat auf seiten der Westsektoren in den frühen Nachmittagsstunden des Sonntags Grenzsperren zum demokratischen Berlin hin vorgenommen. Am Potsdamer Platz und anderen Stellen sind Polizeikommandos postiert, die den Befehl haben, Westberliner von dem Betreten des demokratischen Berlins zurückzuhalten. Mehrere hundert Meter westlich des Brandenburger Tors ist ebenfalls eine Polizeikette aufmarschiert. Hinter den Sperrketten sind Bereitschaftswagen der Polizei auf-

gefahren. Unruhe unter den Agentenorganisationen, Menschenhändlern und Kopfgängern entgegen, die unter Ausnutzung der Frontstadtpolitik Westberlin zu einem Umschlagplatz des Menschenhandels, zu einer Agentenschleuse und zu einem gefährlichen Provokationsherd ausgebaut haben und die jetzt einen empfindlichen Schlag erlitten.

In den Westberliner Gebieten der Westsektoren herrschte sonntägliche Ruhe, die augenfällig mit dem hektischen Treiben der Frontstadtmacht im Schöneberger Rathaus kontrastierte. Die von den Maßnahmen der DDR völlig überraschten hetzten von einer Beratung zur anderen.

Die Westberliner Polizei hat auf seiten der Westsektoren in den frühen Nachmittagsstunden des Sonntags Grenzsperren zum demokratischen Berlin hin vorgenommen. Am Potsdamer Platz und anderen Stellen sind Polizeikommandos postiert, die den Befehl haben, Westberliner von dem Betreten des demokratischen Berlins zurückzuhalten. Mehrere hundert Meter westlich des Brandenburger Tors ist ebenfalls eine Polizeikette aufmarschiert. Hinter den Sperrketten sind Bereitschaftswagen der Polizei auf-

Klare Verhältnisse

Seit dem Anbruch des Sonntags herrschen Ordnung und klare Verhältnisse an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik, besonders an der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin. Auf Vorschlag der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten und entsprechend dem einmütigen Beschluß der Volkskammer hat der Ministerrat jetzt jene Maßnahmen ergriffen, die von der Bevölkerung der DDR seit langem gefordert worden sind: eine Kontrolle und Bewachung unserer Grenzen, wie sie an den Grenzen jedes souveränen Staates üblich ist; eine Kontrolle und Bewachung aber, die es den Todfeinden des Friedens und des deutschen Volkes unmöglich macht, ihre skrupellose, Recht, Gesetz und Menschlichkeit höhnsprechende Wühl-tätigkeit länger fortzusetzen.

Geschützt werden jetzt die Kinder vor den Kindesräubern; geschützt werden die Familien vor den erpresserischen Spitzeln der Menschenhandelszentralen; geschützt werden die Betriebe vor den Kopfgängern. Geschützt sind die Menschen vor den Unmenschlichen, die Ordnung vor den Ordnungsbrechern, die Arbeitsamen vor den Arbeitsscheuen und Spekulanten, Ruhe und Sicherheit unserer Bürger vor den kalten Kriegern.

Tiefe Genugtuung erfüllt jetzt alle unsere Bürger, die sich mit immer größer werdendem Zorn dem schamlosen Treiben aller der von Westberlin dirigierten Gauner, Menschenfänger, Agenten, Hetzer und Spekulanten ausgesetzt sahen, von ihnen bedroht waren und empfindlich geschädigt worden sind. „Macht endlich Schluß damit“, haben sie gefordert. „macht Ordnung!“ Diese Ordnung ist jetzt eingeführt, und jeder Anständige sieht seine Aufgabe darin, mit dafür zu sorgen, daß niemand diese Ordnung auch nur im mindesten zu umgehen wagt.

In der Hauptstadt der DDR herrscht

Ordnung, aber in den Frontstadtteilen sieht man kopfloses Durcheinander. Wir verstehen das. Die Überraschung war perfekt. Am Sonnabend noch hatten die Frontstadtpolitiker gehöhnt: Ulbricht hat aus Moskau nur vage Versprechungen mitgebracht. „Keineswegs brachte er die Schließung des Brandenburger Tors mit“, schrieb das Lemmer-Blatt „Der Tag“. Da war der Gipsbrei für die Rattenlöcher schon eingerührt, und 24 Stunden später war er fest. Herr Lemmer ist dann am Sonntagmorgen buchstäblich aus dem Bett gefallen und wußte nichts Besseres, als seinen Chef Adenauer anzurufen, um ihm zu gestehen: „Der Traum ist aus, und wir haben es nicht einmal geahnt.“ Der soll dem Vernehmen nach entschuldigend auf seine unglücklichen Achtgroßenjungen geflücht haben — na, eben so, wie ein genarrter und geschlagener Betrüger flucht ...

Am Bahnhof Friedrichstraße hat zur gleichen Zeit ein Arbeiter von der Nachtschicht einem Volkspolizisten anerkennend auf die Schulter geklopft: „Das habt ihr duft gemacht. Jetzt werden sie wohl endlich begreifen, wer wir sind ...“ Ja, die Staatsmacht der Arbeiter und Bauern ist jung, aber sie funktioniert mit Präzision.

Nun steht die Mausefalle Westber-

lin einsam in der Gegend herum, und der Speck wird ranzig werden. Wie sollte man da die Trauer der Hinterbliebenen nicht verstehen. Doch die Frontstadtpolitiker sollten daran die Zeichen der Zeit erkennen und endlich einmal vernünftig nachdenken. Mit einem Schlag wird sichtbar, wie bankrott ihre Politik, wie hoffnungslos ihre Position ist.

Auf alle guten Worte von uns haben sie geantwortet, mit Schmähungen antworten zu können. Auf alle Langmut von uns haben sie es nur noch toller getrieben. Wenn wir verhandelt sagten, schrien sie: schießen. Wenn wir sagten, so geht es nicht, daß ihr uns besitzelt, betrügt, begeifert, antworteten sie: Wir werden euch noch mehr angreifen. Wenn wir sagten: Hört auf mit dem Menschenhandel, haben sie uns mit ihren Spitzeln und Erpresserbriefen überschwemmt und sogar Hand an die Kinder gelegt. Wohin das führt, kann man in den Nazizeitungen von 1938/39 nachlesen, als die organisierten „Flichtlinge“ und der „Terror“ schließlich den Kriegsgrund hergeben mußten.

Die Militaristen sind gewarnt worden: Das Maß ist voll. Die DDR und das sozialistische Lager sind nicht die bürgerliche CSR und Pilsudskv-Polen. Wir lassen keine Neuaufgabe von „Heim ins Reich“, „Sudetenland“ und „Korridor“ mehr zu. Geändert wird nichts an der friedliebenden Arbeiter- und Bauern-Macht, beenden werden wir das lebensgefährliche Treiben der Militaristen in Westberlin und in ganz Deutschland!

Aber Brandt und Lemmer wollten nicht hören. Von Tag zu Tag verschärften sie die Hetze. Immer weiter und tiefer wollten sie ihre schmutzigen Hände in unsere Angelegenheiten stecken. Vor ein paar Tagen noch schrieb Brandt einen Artikel für die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Sport
in
SCHLAGZEILEN

Fünf USIC-Meistertitel für DDR-Boxer

Ernst Degner
Zweiter in Belfast

Drei deutsche Schwimm-titel für Frank Wiegand

Barleben gewann Berlin-Lübben-Berlin

Turn-Europacup für Jugoslawen Cerar

Klare Handballsiege für SC Dynamo und ASK Vorwärts

Richtig und notwendig

Die Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten, der Ministerratsbeschuß vom 12. August und die sich daraus ergebenden Maßnahmen werden ganz gewiß nicht die Zustimmung der Westpresse und ihrer Auftraggeber finden. So wenig wir eine solche Bestätigung nötig haben, zeigt uns aber ihr Geschrei, daß unsere Maßnahmen völlig richtig sind.

Jeder gerecht denkende Mensch wird zugestehen müssen, daß unser Staat lange genug Geduld gezeigt hat. Länger zuzusehen, wie durch die anomale Lage in Berlin Teile der Bevölkerung korrumpiert werden und die vom Westen künstlich geschürte Angstpsychose sowie Kopfgänger Menschen ins Unglück oder zum Verrat an ihrem Staat und an der Arbeiterklasse treiben, wäre ein unverzeihlicher Fehler gewesen.

Die, die auf unsere weitere Langmut spekuliert haben, sind nun enttäuscht und verärgert. Wir aber, die fest mit unserem Arbeiter- und Bauern-Staat verbunden sind und unsere Regierung unterstützen und ihr vertrauen, wissen, daß die Maßnahmen zum Schutze unserer Bevölkerung und unseres Staates und nicht zuletzt zum Schutze des Friedens richtig und notwendig sind. Möglicherweise auftretende Unannehmlichkeiten kann man ruhig in Kauf nehmen. Je intensiver wir für den Abschluß eines Friedensvertrages eintreten, um so eher erhält Westberlin den Status einer wirklich Freien Stadt, und um so schneller normalisieren sich die Verhältnisse in Berlin.

Prof. Dr. R. von der Aa, Vordirektor Tierarzt, Direktor des Instituts für Veterinär-Hygiene der Humboldt-Universität Berlin